

Sitzung vom 14. Dezember 2022

**1623. Anfrage (Mental Health bei Kindern und Jugendlichen zum Zweiten: es braucht mehr als Geld)**

Die Kantonsrätinnen Yvonne Bürgin, Rüti, Marzena Kopp, Meilen, sowie Nicole Wyss, Zürich, haben am 28. November 2022 folgende Anfrage eingereicht:

Bereits im Januar 2022 hat Die Mitte mit der Anfrage 4/2022 auf die Problematik der angespannten Lage der psychiatrischen Versorgungssituation für Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich hingewiesen. Spitäler und psychiatrische Kliniken im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie zeigen einen markanten Anstieg der Anfragen, die Tendenz ist nach wie vor steigend. Dieser zusätzliche Bedarf an psychiatrischen Versorgungsleistungen kann mit den bestehenden Kapazitäten nicht mehr bewältigt werden, die Kinder- und Jugendpsychiatrien sind ambulant wie stationär überlastet, wie die Gesundheitsdirektion selbst ausführt in ihrer Medienmitteilung.

Nun hat der Regierungsrat ein weiteres Massnahmenpaket beschlossen mit dem Ziel, die stationäre und ambulante Grundversorgung sicherzustellen und zu einer angemessenen psychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche im Kanton beizutragen. Zur sofortigen Entlastung der aktuell überlasteten Angebote werden zusätzliche stationäre und ambulante Kapazitäten bereitgestellt. Dafür stellt der Regierungsrat finanzielle Unterstützung im Umfang von maximal 7,9 Millionen Franken zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie lange sind die aktuellen Wartezeiten für eine stationäre Behandlung innerhalb der Kinder- und Jugendpsychiatrie? Wenn möglich, bitten wir um eine Auflistung nach Institutionen.
2. Wie lange sind die Wartezeiten für einen Termin zur Abklärung von psychischen Erkrankungen?
3. Wie lange wartet man aktuell für eine ambulante Behandlung durch eine Kinder- und Jugendpsychiaterin bzw. einen Kinder- und Jugendpsychiater?
4. Wie lange wartet man aktuell auf eine ambulante Behandlung durch eine Psychotherapeutin bzw. einen Psychotherapeuten?

5. Welche Effekte haben die per Oktober 2022 ergriffenen Massnahmen bisher gebracht?
6. Innerhalb der kinder- und jugendpsychiatrischen Institutionen ist oft die Rede von defizitären Strukturen, die durch zu tiefe Tarife verursacht werden und demnach jährlich vom Kanton subventioniert werden müssen. Welche Leistungen sind defizitär und wie hoch sind die jährlichen Defizite?
7. Ein grosses Problem ist erwiesenermassen der Personalmangel. Laut der FM H wurden 2021 schweizweit gerade einmal 26 Kinder- und Jugendpsychiaterinnen ausgebildet. Welche Massnahmen braucht es, um die Ausbildung attraktiver zu gestalten?
8. Welche Möglichkeiten sieht der Kanton Zürich, die hohen Ausbildungskosten zu übernehmen? Wie können die Spitäler stärker in die Pflicht genommen werden, damit sie sich an den Kosten beteiligen wie dies bei anderen Ausbildungen üblich ist?
9. Die Krise bei der Versorgung psychisch-erkrankter Kindern und Jugendlichen umfasst mehrere Dimensionen, die koordiniert und umfassend angegangen werden müssen. Was muss unternommen werden, um ein interdisziplinäres Vorgehen der verschiedenen Akteure (Gesundheitsversorgung, Bildung, Jugendorganisationen und politischen Entscheidungsträgern) zu verbessern und zu stärken?
10. Laut Frau Prof. Dr. Susanne Walitza (Leiterin KJPP) ist die Prävention und die Früherkennung enorm wichtig und sie betont, dass neben der Erkrankung auch den Beruf entstigmatisiert werden müsse. Inwiefern hat sich die Regierung dazu bereits Gedanken gemacht bzw. welchen Handlungsbedarf sieht sie in diesem Bereich?

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Yvonne Bürgin, Rüti, Marzena Kopp, Meilen, und Nicole Wyss, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1–10:

Der Regierungsrat hat zur gegenwärtigen Versorgungssituation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kanton Zürich bereits mehrfach Stellung genommen und verschiedene Massnahmen erlassen, um die stationäre und ambulante Grundversorgung sicherzustellen und zu einer besseren psychiatrischen Versorgung beizutragen (vgl. z. B. RRB Nrn. 1476/2022, 508/2022, 598/2021, 560/2021). Die neusten Entwicklungen und Massnahmen hat die Gesundheitsdirektion zudem am 21. November 2022 zusammen mit Vertretenden der Klinik für Kinder-

und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie (KJPP) der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) ausführlich präsentiert. Die Aufzeichnung der Medienkonferenz, Präsentation und Medienmitteilung können online eingesehen werden ([zh.ch/de/news-uebersicht/medienmitteilungen/2022/11/weitere-massnahmen-zur-verbesserung-der-versorgungssituation-in-der-kinder-und-jugendpsychiatrie.html](https://zh.ch/de/news-uebersicht/medienmitteilungen/2022/11/weitere-massnahmen-zur-verbesserung-der-versorgungssituation-in-der-kinder-und-jugendpsychiatrie.html)).

Wie an der Medienkonferenz ausgeführt, stellt der Regierungsrat zur weiteren Verbesserung der angespannten Versorgungssituation für 2023 zusätzlich 5,65 Mio. Franken zur Verfügung (vgl. RRB Nr. 1476/2022).

Damit stellt er die Weiterführung bestehender Massnahmen sicher und unterstützt mit der neu eröffneten Tagesklinik der ipw sowie dem neuen Home-Treatment-Angebot für psychisch schwer kranke Kinder und Jugendliche der PUK den Aufbau zusätzlicher Angebote. Dieses zweite Massnahmenpaket ergänzt die bereits umgesetzten Massnahmen des ersten Pakets vom 2. Juni 2021, für welches der Regierungsrat 7,9 Mio. Franken bewilligt hat (vgl. RRB Nr. 598/2021). Zusätzlich erhält die Clenia Littenheid AG im Rahmen der Spitalplanung 2023 einen Leistungsauftrag für einen neuen kinder- und jugendpsychiatrischen Standort in Oetwil am See. Auch der geplante Ausbau des psychosomatischen Angebots des Kinderspitals in Zusammenhang mit dem Umzug in die Lengg wird zu einer Kapazitätserweiterung führen.

Es ist davon auszugehen, dass mit diesen Massnahmen eine Stabilisierung der Versorgungssituation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie erreicht wird, wenn auch auf sehr hohem Auslastungsniveau. An der Medienkonferenz wurden die durchschnittlichen Wartezeiten der KJPP aufgezeigt. Ein Vergleich von absoluten Zahlen verschiedener Kliniken ist aber schwierig, da die Datenerhebung von Klinik zu Klinik unterschiedlich ist. Zudem gibt es keine standardisierte Erfassung von Parallelanmeldungen unter den Kliniken. Ein solcher Austausch wäre aus Datenschutzgründen auch problematisch, da es sich um Patientendaten handelt. Wichtig ist aber festzuhalten, dass Notfalleintritte in allen Bereichen stets direkt und ohne Wartezeit erfolgen konnten und können.

In der Gesundheitsversorgung besteht sowohl im Akut- als auch im Langzeitbereich ein Fachkräftemangel, der durch den demografischen Wandel, vorzeitige Berufsausstiege und krankheitsbedingte Ausfälle zusätzlich verstärkt wird. Um den Personalbedarf decken zu können, den bereits bestehenden Fachkräftemangel zu reduzieren und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, muss gleichermassen in den Personalerhalt, Personaleinsatz und in die Aus- und Weiterbildung in-

vestiert werden. Wie an der genannten Medienkonferenz am 21. November 2022 ausgeführt, hat die Gesundheitsdirektion im Sommer 2022 sämtliche Psychiatrien im Kanton zum Thema Fachkräftemangel befragt. Der Austausch mit Expertinnen und Experten ist gewährleistet und mögliche Massnahmen werden in verschiedenen Bereichen geprüft. Ebenso arbeitet die Bildungsdirektion derzeit zusammen mit der Universität Zürich an der Umsetzung der Motion KR-Nr. 125/2021 betreffend Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Zürich, die eine Erhöhung der Ausbildungskapazität in der Humanmedizin verlangt. Auch zur Umsetzung der Pflegeinitiative sind im Kanton derzeit verschiedene Vorbereitungsarbeiten im Gange. Schliesslich ist die Entstigmatisierung des Berufs der Psychiaterin bzw. des Psychiaters eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich die Fachgesellschaften, die Institutionen, aber auch die Medien und die Politik zu beteiligen haben.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Gesundheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat  
Die Staatsschreiberin:  
**Kathrin Arioli**